

Basler Appell zu Abrüstung und nachhaltiger Sicherheit

Ein offener Brief zu den INF & START-Verträgen, nuklearen Risikominderungs- und Abrüstungsmaßnahmen, um den Frieden zu erhalten und nachhaltige Sicherheit zu erreichen

An:

Präsident Donald Trump, Vereinigte Staaten von Amerika

Präsident Vladimir Putin, Russische Föderation

Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO

Miroslav Lajčák, Vorsitzender der OSZE

Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik

[Vorsitzende der Komitees für Verteidigung (Armed Services) und Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Kongresses und der russischen Duma]

Sehr geehrter Präsident Trump, Präsident Putin, Generalsekretär Stoltenberg, Vorsitzender Lajčák, Vorsitzende der Komitees für Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Kongresses und der russischen Duma, sehr geehrte Hohe Vertreterin Mogherini,

letztes Jahr bewegte das Bulletin of Atomic Scientists die Zeiger der Weltuntergangsuhr auf zwei Minuten vor Mitternacht als Reaktion auf die zunehmenden Risiken eines nuklearen Austausch durch Zufall, Fehlkalkulation, Konflikteskalation oder Absicht mit der Begründung, „dass die Anführer der Welt daran scheitern, der sich anbahnende Gefahr eines Atomkrieges und des Klimawandels entgegenzuwirken.“

Wir begrüßen den seither begonnenen koreanischen Friedens- und Denuklearisierungsprozess und unterstützen uneingeschränkt die Fortsetzung der Diplomatie, um Erfolg zu garantieren. Wir begrüßen die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen.

Wir sind jedoch äußerst besorgt über das sich in Europa und international verschlechternde Sicherheitsumfeld im Jahr 2018, welches sich aus der Erosion des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF), dem Rückzug der Vereinten Staaten aus dem „Joint Comprehensive Plan of Action“ (Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen mit dem Iran) ergibt und zudem ungelöste Konflikte zwischen Russland und dem Westen über die Krim und Syrien und zwischen Atommächten in anderen Regionen, einschließlich Südasiens und dem Südchinesischen Meer, die Weiterentwicklung und Modernisierung von Atomwaffen und verwandten Militärsystemen und provokative Kriegsspiele und nukleare Drohgebärden beitragen.

1) INF-Vertrag

Wir sind besonders besorgt über die Auflösung des INF-Vertrags, eines historischen Abkommens, das 1987 zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geschlossen wurde, um alle ihre nuklearen und konventionellen bodengesteuerten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten von 500 bis 5.500 Kilometern zu beseitigen und umfangreiche Vor-Ort-Inspektionen zur Kontrolle seiner Umsetzung zu ermöglichen.

Wir fordern die Vereinigten Staaten und Russland auf, keine Waffensysteme zu entwickeln und einzusetzen, die gegen den Vertrag verstoßen könnten, und Fragen der Regelkonformität durch Dialog und durch die verstärkte Arbeit der durch den Vertrag eingesetzten Sonderprüfungskommission zu lösen.

Wir fordern die russische Duma und den amerikanischen Kongress auf, die Genehmigung oder die Finanzierung von Waffensystemen, die gegen den Vertrag verstoßen könnten, wie die russische Rakete 9M729 und die vorgeschlagenen neuen nuklear-bewaffnete amerikanischen Marschflugkörper, nicht zuzulassen.

Und wir fordern die europäischen Mitgliedstaaten der NATO auf, ihren Widerstand gegen die Stationierung von Atomraketen in Europa zu bekräftigen.

2) Neuer START-Vertrag

Wir sind auch besorgt darüber, dass die aktuellen Konflikte den neuen START - Vertrag untergraben könnten, der dem gesunden Menschenverstand folgende Grenzwerte und die Überprüfung der Anzahl der von den Vereinigten Staaten und Russland eingesetzten strategischen Waffen und Trägersysteme vorsieht und der im Februar 2021 auslaufen wird. Die Vereinten Staaten und Russland sollen den neuen START-Vertrag bis 2026 verlängern und ihre nuklearen Lagerbestände entweder einseitig oder im Wege von Verhandlungen weiter reduzieren.

3) Nukleare Risikoreduktion einschl. Verzicht auf Ersteinsatz

Um das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes durch Zufall, Fehlkalkulation oder Eskalation zu verringern, fordern wir Russland, die Vereinigten Staaten und die NATO auf, erneut zu bestätigen, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals eingeleitet werden darf und eine solche Erklärung durch die Verabschiedung einer Politik umzusetzen, die den Ersteinsatz von Atomwaffen ausschließt („No-First-Use“ - Politik). Wir appellieren an Russland und die Vereinten Staaten, ihre Politik des „Starts bei Warnung“ aufzuheben und die hohe Einsatzbereitschaft für den Einsatz von ihren Atomwaffen zu beenden.

4) Eine atomwaffenfreie Welt schaffen

Wir betonen die allgemeine Verpflichtung eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen und begrüßen die von der NATO und den Vereinigten Staaten geleistete Zusage „*die Voraussetzungen zu schaffen*“, um dieses Ziel zu erreichen. Wir fordern NATO und die Vereinigten Staaten auf, diese Verpflichtung durch

- a) verstärkten Dialog und Engagement mit anderen Atommächten umzusetzen,
- b) einen Aktionsplan für den umfassenden Ausstieg aus der nuklearen Abschreckung zu entwickeln und diesen durch Gemeinsame Sicherheit zu ersetzen,
- c) erste Schritte zu leisten, indem das Arsenal an Atomwaffen reduziert, Modernisierungsprogramme für Atomwaffen zu stoppen, die Budgets für Atomwaffen zu kürzen und diese Finanzmittel umzuschichten, um nachhaltige Entwicklung zu fördern und
- d) sich mit anderen Atommächten und sich auf diese stützende Staaten zusammenzufinden und eine globale Konvention gegen Atomwaffen auszuhandeln (zur Beseitigung aller Atomwaffen), wie es bereits von China, Indien, Pakistan, Nordkorea und den meisten Nicht-Atommächten unterstützt wird.

Wir bekräftigen, dass Abrüstung zur Schaffung von Sicherheit beiträgt, und wir verpflichten uns, entschlossen für eine atomwaffenfreie und weniger militarisierte Welt zu handeln. Wir rufen Städte, Parlamente, Regierungen und Zivilgesellschaften auf der ganzen Welt auf, sich uns in diesem Appell anzuschließen.

[Verabschieden in Basel, 15. Januar 2019]

Unterstützt von den folgenden Gesetzgebern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene (Bürgermeister und Parlamentarier) und Vertretern der Zivilgesellschaft, die mit Gesetzgebern zusammenarbeiten.

[Namen der Unterstützer]